

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

### Bundeswehr sofort und vollständig aus Irak und Jordanien abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag:

1. macht von seinem Rückholrecht nach § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes Gebrauch und widerruft die Zustimmung zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte zur Beteiligung am Anti-IS-Einsatz („Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien“, Drucksache 19/13290);
2. fordert die Bundesregierung auf, umgehend die operative Beteiligung an der Anti-IS-Koalition (Operation Inherent Resolve, OIR) zu beenden, den in diesem Rahmen erfolgenden Flugbetrieb – die Bereitstellung von Tornados zur luft- und raumgestützten Aufklärung und die Luftbetankung – mit sofortiger Wirkung einzustellen, die in Jordanien und dem Irak stationierten Truppen der Bundeswehr unverzüglich abzuziehen und umgehend mit dem Abbau der bundeswehreigenen Infrastruktur in Al-Azraq (Jordanien) zu beginnen;
3. fordert die Bundesregierung auf, dem Bundestag einen Zeitplan für den schnellstmöglichen Abbau der bundeswehreigenen Infrastruktur und die Rückverlegung aller Bundeswehrangehörigen aus dem Anti-IS-Einsatz einschließlich der Ausbildungsmission in Zentral-Irak (Bagdad, Tadschi) und Nordirak (Erbil), vorzulegen;
4. fordert die Bundesregierung auf,
  - sich von der Eskalationspolitik der US-Regierung im Mittleren Osten öffentlich, klar und unmissverständlich zu distanzieren,
  - die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani und des stellvertretenden Leiters der irakischen Volksmobilisierungskräfte, Abu Mahdi al-Muhandis, als Staatsterrorismus zu verurteilen,
  - die Drohungen des US-Präsidenten, 52 Ziele im Iran, darunter auch kulturelle Einrichtungen, anzugreifen, als Androhung von Kriegsverbrechen zu verurteilen,
  - die Drohungen des US-Präsidenten gegen die souveräne Republik Irak scharf zurückzuweisen und dem Irak für den Fall von US-Sanktionen wirtschaftliche Unterstützung zuzusichern,
  - den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der US-Politik im Mittleren Osten zu befassen,

- auszuschließen, dass Militärbasen der US-Streitkräfte in Deutschland für die Vorbereitung oder Durchführung militärischer Schläge im Irak oder gegen den Iran genutzt werden können;
- 5. mahnt, dass der nach iranischen Angaben versehentliche Abschuss des ukrainischen Verkehrsflugzeuges zeigt, wie schnell eine fatale Eskalation entstehen kann, und fordert das sofortige Ende der militärischen Angriffe und Drohungen;
- 6. fordert die iranische Regierung auf, den Abschuss des Flugzeuges vollständig aufzuklären und friedliche Proteste in ihrem Land nicht zu behindern.

Berlin, den 14. Januar 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## **Begründung**

Als Reaktion auf die Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani und des irakischen Milizenführer Abu Mahdi al-Muhandis am 3.1.2020 durch die US-Armee nahe der irakischen Hauptstadt Bagdad hat das irakische Parlament am 5.1.2020 den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus dem Irak gefordert.

Das betreffe nicht nur die US-Streitkräfte, die mit 5000 Mann im Irak stationiert sind, sondern auch die Bundeswehr, die im Rahmen des Mandats zur Beteiligung am Militäreinsatz Operation Inherent Resolve, (OIR) der Anti-IS-Koalition („Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien“, Drucksache 19/13290) mit einer Ausbildungsmission im Irak stationiert ist. Außerdem beteiligt sich die Bundeswehr vom jordanischen Stützpunkt Al-Azraq aus mit Aufklärungsflügen über Syrien an OIR.

Nach der Ermordung wurde der Einsatz der Anti-IS-Koalition ausgesetzt, ebenso die Ausbildungsmission der Bundeswehr. Bundesaußenminister Maas will den Verbleib der Bundeswehr im Irak davon abhängig machen, ob er erwünscht sei. Damit sprach er eine Selbstverständlichkeit aus, die allerdings auch für die Operationen über syrischem Staatsgebiet gelten sollte.

Die Ermordung Soleimanis hat in der Bevölkerung des Irak wie des Iran große Empörung hervorgerufen und die vielfältigen Konflikte in der Region weiter eskaliert. Nach gegenseitigen Drohungen zwischen dem Iran und den USA sowie der USA gegen den Irak ist auch der Ausbruch eines großen militärischen Konflikts nicht mehr auszuschließen. Das Mandat für die Ausbildungsmission der Bundeswehr im Irak und die Aufklärungsflüge über Syrien wurde von der Bundestagsmehrheit unter vollkommen anderen Umständen erteilt.

Der Bundestag respektiert den Wunsch des irakischen Parlaments nach Abzug ausländischer Truppen aus seinem Land. Die Drohung der USA, den Irak mit Wirtschaftssanktionen zu überziehen, falls er auf den Abzug der US-Armee bestehen sollte, ist hingegen nicht zu akzeptieren. Sie ruft die Erinnerung an die Wirtschaftsblockade gegen Irak während der 1990er Jahre wach, die Hunderttausenden Menschen das Leben kostete.

Die aktuelle Eskalation zeigt erneut, dass die militärische Präsenz westlicher Armeen kein stabilisierender Faktor ist, sondern Konflikte anheizt. Die vorübergehende Verlegung von Bundeswehrsoldaten aus der Ausbildungsmission an den Standorten Bagdad und Tadschi in Nachbarländer entspricht deshalb nicht den politischen Erfordernissen. Das Mandat muss grundsätzlich beendet und die deutschen Soldaten müssen aus allen Teilen des Anti-IS-Einsatzes zurückgezogen werden.